

Demokratie muss Streitbar sein *(Jahrbuch 2006 der Konrad-Adenauer-Stiftung)*

Dass eine Demokratie ohne Demokraten nicht überlebensfähig ist, ist seit dem Untergang der Weimarer Republik das perpetuum mobile der Politischen Bildung. Es sieht im Verhalten jedes einzelnen Bürgers das Fundament einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und legt deren Schicksal in seine Verantwortung.

Bei jener Generation, die diktatorische Systeme und ihre totalitären Eingriffe in das Leben des Einzelnen erfahren hat, musste für diese Erkenntnis nicht in Seminaren geworben werden. Wem die Freiheit genommen war, weiß, dass sie nicht selbstverständlich ist. Wem freie Wahlen verweigert wurden, der weiß, was Wahlrecht bedeutet. Wer hilflos dem Faustrecht des Stärkeren ausgesetzt war, für den sind Schutz der Menschenwürde und Minderheitenschutz keine abstrakten Themen.

Deshalb konnte die Demokratie nach 1945 auf viele bauen, die sich schon aus persönlichen Erlebnissen für das „Nie wieder Diktatur und Krieg“ auch persönlich einsetzten. Auch nach dem Zusammenbruch der DDR engagierten sich viele derer, die die Unterdrückungsmechanismen kommunistischer Diktatur am eigenen Leibe zu spüren bekamen, besonders für das Gelingen der demokratischen Ordnung.

Inzwischen hat sich die Lage verändert: Es wachsen Generationen heran, die das Fehlen von Demokratie und Freiheit nur noch aus historischen Rückblicken kennen. Sie erfahren die freiheitliche Demokratie täglich als Selbstverständlichkeit. Deswegen wird auch zunehmend weniger über ihre Grundlagen und Voraussetzungen nachgedacht.

Eine der Auswirkungen dieser Entwicklung ist eine Schwächung des antitotalitären Grundkonsenses, der Streitbarkeit der Demokratie gegen jeden Extremismus. Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen als Gefahren zu betrachten, gerät fast generell in den Geruch der mangelnden political correctness. Schick ist allein der „Kampf gegen Rechts“, die „Linke“ bestreitet oft eine Gefahr von linksaußen.

Zugleich werden die Veränderungen in der Strategie von Rechts- und Linksextremisten zu wenig ernst genommen. Auch dies schwächt die Auseinandersetzung mit ihnen, denn man muss die Gegner der Demokratie kennen, um sie bekämpfen zu können.

Längst versuchen NPD und DVU als rechtsextremistische Parteien das „Springerstiefel-Image“ abzuschütteln und sich schein-intellektueller Argumentation und fürsorgender Bürgernähe zu bedienen. Längst haben sie die demagogische Verführungskraft von Themen sozialer Benachteiligung erkannt und suchen ihre extremistische Ausrichtung dahinter zu verbergen – ganz in der Tradition ihrer historischen Vorbilder.

In dieser Strategie ähneln sie auch der PDS mit ihrem umfassenden Netz der Bürgerbetreuung in Alltagsfragen und der Praxis hemmungslosen Demagogie, die jedem alles verspricht. NPD und DVU als Anwälte für Hartz IV-Empfänger und die PDS mit Lafontaine als Cassandra gegen „Fremdarbeiter“ – die Themen der Demagogen wandern von linksaußen nach rechtsaußen und umgekehrt.

Dies anzusprechen, löst heftigen Widerspruch bei Rechts- und Linksextremisten aus, die sich zwar ähnlicher Mittel und Themen bedienen, aber keinesfalls in einem Atemzug genannt werden wollen. Es kann auch nicht um eine Gleichsetzung gehen, denn Differenzierung gehört zur wirksamen

Waffe gegen Extremisten. Aber wo Ähnlichkeiten vorhanden sind, dürfen sie auch nicht aus falscher Rücksicht unter den Teppich gekehrt werden.

Auch das gehört zu den Grundlagen verantwortungsbewusster politischer Bildung – und zwar durch Faktenvermittlung und –bewertung:

Man zählt in Deutschland nach Angaben des Bundesverfassungsschutzes ca. 40.000 Rechtsextremisten, davon ca. 9.000 Mitglieder bei der DVU und jeweils etwa 6.000 bei der NPD und den Republikanern.

Die NPD hat inzwischen de facto die Führung im rechtsextremistischen Lager übernommen. Sie verunglimpft systematisch das Grundgesetz als „Diktat der Westalliierten“ und behauptet, „objektive Menschenrechte gibt es nicht“. Die Partei bezieht sich ausdrücklich auf die Idee der „Volksgemeinschaft“ des Nationalsozialismus und ihr Vorsitzender sagte zu Hitler u. a.: „Nur ein großer Staatsmann kann große Verbrechen begehen...“ Im Blick auf den Massenmord an den Juden ist die Rede von „gigantisch aufgebauchten tatsächlichen oder angeblichen Greueln der Nationalsozialisten“. Immer wieder werden führende Funktionäre der Partei wegen „Volksverhetzung“ verurteilt. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus gehören zum Grundrepertoire der Partei.

Ganz ähnliches ist von der DVU zu hören, die mit der NPD inzwischen eine „Volksfront von rechts“ bildet. Bis 2009 wollen die Parteien bei Bundes-, Landtags- und Europawahlen nicht mehr gegeneinander antreten. Diese Strategie hat durchaus Erfolg: Zur Zeit ist die DVU im Brandenburger Landtag vertreten, die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Der „Volksfront“-Gedanke gehört auch zum klassischen Instrumentarium von Linksextremisten, von denen der Verfassungsschutzbericht außerhalb der PDS ca. 30.000 zählt. So kandidierten eine Reihe von Mitgliedern der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) bei der Bundestagswahl 2005 auf PDS-Listen, und die DKP rief zur Wahl der PDS auf. Die „Linkspartei/PDS“ hält im Programm und Statut daran fest, dass extremistische Zusammenschlüsse in die Partei integriert werden. Dazu gehören u. a. die „Kommunistische Plattform“, das „Forum kommunistischer Arbeitergemeinschaften“ und das „Marxistische Forum der PDS“.

Im internationalen Verband pflegt die PDS die „solidarische Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Kubas“, mit Nachfolge- und Umfeldorganisationen der in Deutschland verbotenen linksextremistischen „Kurdischen Arbeiterpartei PKK“ oder der kolumbianischen terroristischen Guerillabewegung FARC-EP. Die PDS ist Mitglied der 2004 gegründeten „Europäischen Linkspartei“, der u. a. die kommunistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Österreichs und Spaniens, und aus Deutschland auch die DKP angehören.

Ein nach wie vor problematisches Verhältnis hat die PDS zur DDR-Diktatur. Nach eigenen Angaben liegt der Anteil früherer SED-Mitglieder in der PDS bei 70-80 Prozent. Mauer- und Schießbefehl als solche zu benennen, fällt der Partei schwer. Alte Stasi-Seilschaften haben dort nach wie vor ihre Heimat und der Widerstand gegen die Verleihung der Berliner Ehrenbürgerwürde an Wolf Biermann war eines der vielen Schlaglichter auf die verquere Sicht der PDS auf die DDR.

Die Fusion der PDS mit WASG zur Linkspartei birgt die Gefahr der Anreicherung dieser extremistischen PDS-Seiten durch eine linkspopulistische Demagogie wie sie Oskar Lafontaine als WASG-Frontmann gerne praktiziert.

Sich mit den rechts- und linksextremistischen Gefahren für die freiheitliche Demokratie

auseinanderzusetzen, bleibt erste Bürgerpflicht – ebenso übrigens wie die Auseinandersetzung mit religiösem oder anderem Extremismus. Diese demokratische Pflicht lässt sich nicht in Stille erledigen, sie braucht das öffentliche Bekenntnis.

Demokraten verraten die Demokratie, wenn sie Gegner der Demokratie gewähren lassen oder gar mit ihnen gemeinsame Sache machen. So laufen diejenigen in eine Falle, die mit Linksextremisten gemeinsame Aufrufe „gegen rechts“ verfassen. Es ist verräterisch, dass die PDS regelmäßig solche Aufrufe und Demonstrationen initiiert, sich aber zugleich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, dass dort auch vor linken Extremisten gewarnt wird.

Dass CDU/CSU jede Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten grundsätzlich ablehnen, schadet NPD und DVU ebenso wie es die PDS stärkt, dass die SPD zu Bündnissen mit ihr bereit ist. Das eine wird dabei in der Öffentlichkeit ebenso selbstverständlich vorausgesetzt wie das andere klanglos hingenommen. Die streitbare Demokratie kennt aber nicht zweierlei Maß in direkter Auseinandersetzung mit rechtem und linkem Extremismus.

Roman Herzog hat vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1994 die Haltung des glaubwürdigen Demokraten auf den Punkt gebracht: Er hat damals im Vorfeld erklärt, die Wahl nicht anzunehmen, wenn sie von rechtsradikalen Stimmen der Republikaner entschieden würde. Diese hatten angekündigt, ihn zu wählen und ließen erst dann davon ab. Sein Gegenkandidat Rau verweigerte solche Klarheit mit Blick auf die von der PDS in Aussicht gestellten Stimmen.

Zur Streitbarkeit der Demokraten gegen Extremismus jeder Couleur gehört, dass der Zweck des Machterwerbs nicht das Mittel der billigen Inkaufnahme extremistischer Stimmen heiligt. Ohne diesen Mut ist die Demokratie verwundbar gegenüber ihren Feinden, wo sie doch streitbar sein muss.